

## **Abstract zum Forschungspapier**

# **Partizipationsprozesse und Bürger\_innenbeteiligung als Klassenfrage**

David Laumer

Im Mittelpunkt meines Forschungspapiers steht die Frage, ob und wie partizipative Prozesse und die Einbindung von Bürger\_innen – vor allem in der Stadtplanung und -entwicklung – sozial exklusiv wirken und dadurch bestehende Klassenstrukturen reproduzieren bzw. sogar verstärken.

„Eine lebenswerte Stadt braucht lebendige Stadtteile, die von ihren BewohnerInnen gerne genutzt werden. Deshalb muss es Mechanismen geben, alle an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes teilhaben zu lassen. Beteiligung kostet Zeit, Geld und weitere Ressourcen. Aber ich bin davon überzeugt, dass es das wert ist, da wir am Ende viel bessere Ergebnisse haben, als ohne partizipative Prozesse.“

Dieser Auszug aus Maria Vassilakous Vorwort im sogenannten „Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln“ (Stadtentwicklung Wien, 2012) wirft jene Fragen auf, die die Forschungsfrage weiter präzisieren: Für wen sind die Ergebnisse am Ende besser? Wer hat überhaupt genug „Zeit, Geld und weitere Ressourcen“, um an solchen Partizipationsprozessen mitzuwirken? Wessen Interesse wird in den Ergebnissen einzelner Projekte schlussendlich abgebildet? Wen erreichen Aufrufe zu Partizipation und wer leistet ihnen Folge?

Darüber hinaus werden ein weiterer, grundsätzlicher Widerspruch, nämlich jener des Konfliktes von Eigeninteressen mit einem allgemeinen, öffentlichen Interesse – beispielsweise, wenn es um die Errichtung von Infrastruktureinrichtungen geht – und dessen Zusammenhang mit der Forschungsfrage theoretisch beleuchtet. Ich bin in diesem Zusammenhang davon überzeugt, dass jene, die über ausreichend soziales (und auch finanzielles) Kapital verfügen, um gehört zu werden und ihre Interessen durchzusetzen, sowohl die sind, deren Eigeninteresse bei konkreten öffentlichen Projekten am ehesten auch dann berücksichtigt wird, wenn nicht danach gefragt wird, als auch diejenigen, die am ehesten über die Ressourcen und die Bereitschaft verfügen, sich an Partizipationsprozessen zu beteiligen, wenn dazu aufgerufen wird.

## **Theoretische Ausgangslage**

Eine philosophische Annäherung an dieses Wirkungsgefüge erfolgt anhand der Abhandlung von John Rawls zu sozialgerechter Ethik und seiner Metapher des hypothetischen „Schleiers des Nichtwissens“, der dafür sorgen würde, dass Gesellschaftsmitglieder den Platz und die Rolle der jeweils anderen nicht kennen, wenn sie zusammen einen Gesellschaftsvertrag aushandeln (vgl. Hartmann 2018). Unter Annahme dieser Überlegungen kann behauptet werden, dass Bürger\_innenbeteiligungsverfahren sozial ungerecht sind, da von jenen, die sich beteiligen, ganz klar ist, wer sie sind und welches bestimmte Interesse sie verfolgen. Das Ergebnis im Sinne eines Gesellschaftsvertrages ist jedoch für die gesamte Bevölkerung gültig und funktional.

Eine Konkretisierung dieser theoretischen Verortung wäre beispielsweise das Phänomen, dass es bei Bürger\_innenbefragungen in Orten, in denen Windkraft-Anlagen errichtet werden sollen, immer wieder dazu kommt, dass die Mehrheit der Befragten derartige Projekte ablehnt und verhindert (vgl. Der Standard, 2016), obwohl grundsätzlich der Ausbau von Windkraftwerken auf enorme Zustimmung stößt – über 80 Prozent der Österreicher\_innen sprechen sich in Studien dafür aus (vgl. Institut für statistische Analysen Jaksch & Partner GmbH, 2016).

## **Methodische Vorgehensweise**

Eine empirische Überprüfung der Annahme, dass sich in Partizipationsprozessen Klassenfragen manifestieren, erfolgt in Form einer Sekundäranalyse von Daten der Studie „SOWI II - Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien“ von 2013. Für das Forschungspapier steht

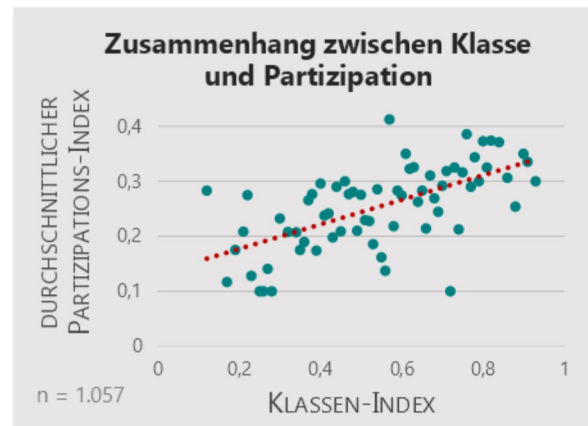
ein Scientific-Use-File zur Verfügung, das als wissenschaftlich verwertbare Zufallsauswahl 2.952 der insgesamt 8.400 interviewten Personen beinhaltet.

## Ergebnisse

Im Fokus der quantitativen Untersuchung stehen die Bildung eines Klassen-Indexes, der sich zu gleichen Teilen aus dem Einkommen und dem Bildungsgrad zusammensetzt, sowie eines Partizipations-Indexes, der die Fragen nach der Erfahrung von und der Bereitschaft zu verschiedenen Möglichkeiten, aktiv an der Lösung von Problemen in Wien bzw. in der Wohnumgebung mitzuwirken, umfasst:

- Mitarbeit bei einem Angebot der Stadt Wien zur Beteiligung (z.B. Mieter\_innenbeirat; Gebietsbetreuungen; Jugendparlament, Kulturinitiativen, Lokale Agenda 21)
- Mitarbeit in einer politischen Partei
- Mitarbeit in einer Bürger\_inneninitiative
- Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen bzw. NGOs

Beide Indizes können Werte von 0 bis 1 annehmen. Eine Korrelationsüberprüfung ergibt einen sehr signifikanten statistischen Zusammenhang. Je höher die Bildung und das Einkommen einer Person, desto eher nimmt sie also Angebote zur Partizipation in Anspruch.



## Politische Ableitungen

Neben einer Klassenfrage ist die Frage von Bürger\_innenbeteiligung immer auch eine Frage nach der Rolle der öffentlichen Hand. Partizipationsformen, die auf Freiwilligkeit und Betroffenheit basieren, führen in meinen Augen zu einer Verwässerung staatlicher Regulierung – die sich immer das Wohl der Allgemeinheit als oberste Prämisse auferlegt haben sollte. Der Fokus könnte daher in der Praxis viel mehr daraufgelegt werden, Bürger\_innenbeteiligung nicht anhand von Bereitschaft und persönlicher Betroffenheit, sondern durch das Zufallsprinzip stattfinden zu lassen, etwa indem in Fragen der Stadtentwicklung Bürger\_innen, die nichts mit dem betreffenden Grätzl zu tun haben – in Anlehnung an Geschworenen-Gerichtsbarkeit – repräsentativ ausgewählt werden, um an der Entscheidungsfindung mitzuwirken. Andernfalls wird dem Dilemma, dass Eigeninteressen über einem öffentlichen Interesse stehen, nur schwer entgegenwirkt werden können. So schwierig das politisch auch umzusetzen ist, so sehr muss linke Politik im Allgemeinen einer Weltanschauung folgen, die nicht die Befindlichkeiten einzelner in den Mittelpunkt stellt, und darf im Besonderen nicht jenen Vorschub leisten, um es überspitzt zu formulieren, die zwar grundsätzlich davon überzeugt sind, ihr Leben so nachhaltig, fair, und moralisch richtig wie möglich zu gestalten, sich aber am lautstärksten dagegen sträuben, wenn es darum, geht, in ihrem direkten Um- bzw. Blickfeld öffentliche Infrastruktureinrichtungen zu errichten.

## Literatur

Der Standard. 2016. *Traismauer stimmt gegen Windkraftanlagen*. Online-Ausgabe, <https://derstandard.at/2000034605396/Traismauer-stimmt-gegen-Windkraftanlagen> (Zugegriffen: 30.04.2018)

Hartmann, Thomas. 2018. Ethik in der Raumplanung (Vorabveröffentlichung). In *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hrsg. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover, ARL (im Erschienen).

Institut für statistische Analysen Jaksch & Partner Gmbh. 2016. *Windenergie in Österreich. Repräsentative Befragung von ÖsterreicherInnen. Tabellenband*. Online-Ausgabe, <https://www.igwindkraft.at/mmedia/download/2018.03.29/1522308058992952.pdf> (Zugegriffen: 30.04.2018).

Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung. 2012. *Praxisbuch Partizipation, Gemeinsam die Stadt entwickeln*, Werkstattbericht Nr. 127. Wien: Holzhausen.